

## **EBUSTI TRIFFT POLITIK: Im Gespräch mit Dr. Georg Nüßlein**

Im Rahmen einer Exkursion nach Berlin besuchten die Kollegiaten der Eberle-Butschkau-Stiftung den wirtschafts- und energiepolitischen Sprecher der CSU-Landesgruppe, Dr. Georg Nüßlein, im Deutschen Bundestag.

Nüßlein ist als Wirtschafts- und Finanzexperte in Sachen Sparkassenpolitik ein wichtiger Ansprechpartner. Seine Expertise gründet auf einer langjährigen Tätigkeit im Bankwesen in Anschluss an sein wirtschaftswissenschaftliches Studium. Zudem ist Bundestagsabgeordneter Nüßlein Mitglied im Beirat für sparkassenpolitische Grundsatzfragen des Sparkassenverbandes Bayern.

Die Kollegiaten der Eberle-Butschkau-Stiftung sprachen bei Nüßlein das Thema „europäischer Einlagensicherungs fonds“ an. Die Argumente sind bekannt: Die Sparkassen sind durch ihren Haftungsverbund vollwertig abgesichert, ein zusätzlicher europäischer Einlagensicherungs fonds bietet unseren Kunden keinen Vorteil. Im Gegenteil, es besteht die Gefahr einer Doppelbelastung für die Sparkassen und Landesbanken, sollten diese zum Aufbau eines europäischen Einlagensicherungs fonds herangezogen werden. Außerdem sieht die europäische Lösung nur eine Absicherung bis maximal 100.000 Euro pro Kunde vor.

Nüßlein meint, dass grundsätzlich ein europäischer Einlagensicherungs fonds für Länder mit einem unvollständigem Einlagensicherungs system ein gutes Vorhaben sei. Jedoch müsse auf die entsprechenden nationalen Gegebenheiten Rücksicht genommen werden. Dabei sicherte Nüßlein den Kollegiaten seine Unterstützung zu: „Die EU muss differenzieren. Es kann nicht sein, dass unsere Sparkassen zusätzlich zu ihrem bestehenden Haftungsverbund für die Finanzierung eines weiteren Einlagensicherungs fonds herangezogen werden. Dies würde einen Kostenmehraufwand ohne zusätzlichen Nutzen bedeuten und ist deshalb klar abzulehnen.“

Die Eberle-Butschkau-Stiftung ist mit dem Ergebnis des Gespräches zufrieden. Aus der Runde der Kollegiaten hieß es, dass direkte Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern zielführend seien. Gerade in Bezug auf den europäischen Einlagensicherungs fonds sehen die Kollegiaten die sparkassenpolitischen Interessen im Deutschen Bundestag sachverständig vertreten.



*Dieser Bericht erschien in: Die SparkassenZeitung Nr. 04/2011.*